

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am
Dienstag, 21.10.2008 um 19.30 Uhr.

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende:

ÖVP			SPÖ		
1	Bgm. Ing. Dopler Josef, Hausleiten 25	X	15	GV Faltyn Karl, Jänergasse 17	X
2	Vbgm. Weinzierl Rudolf, Fadingerstraße 23	X	16	GV Hebertinger Hermann, Thallham 4	X
3	GV Auinger Helmut, Keppling 11	X	17	GR Helmhart Franz, Keppling 10	X
4	GV Hinterberger Rudolf, Schurrerprambach 5	X	18	GR Weissenböck Erwin, Unterwegbach 29	X
5	GR Degeneve Wolfgang, Jänergasse 19	X	19	GR Ehrenguber Helmut, Imperndorf 6	E
6	GR Haider Margret, Moospolling 9	X	20	GR Kriegner Wolfgang, Thallham 7 (ab TOP 3)	X
7	GR Schatzl Nikolaus, Fasanweg 4	X			
8	GR Mayr Josef, Stillfussing 9	X	GRÜNE		
9	GR Petric Maximilian, Fadingerstraße 16	X	21	GV Sageder Johann, Brandhof 13	X
10	GR Jany Herbert, Ritzing 11	X	22	GR Ferihumer Elisabeth, Kropfleiten 4	E
11	GR Mair Josef, Willersdorf 3	X	23	GR Ing. Mag. Aumayr Andreas, Webereistr. 2/1	X
12	GR Humberger Erna, Fadingerstraße 6	E			
13	GR Frühauf Franz, Eitzenberg 5	X	FPÖ		
14	GR Wagner Gerald, Unterwegbach 5	X	24	GR Schmutzhart Dietmar, Marktplatz 8	X
			25	GR Reichert Peter, Klosterstraße 16	X

Ersatzmitglieder:

ÖVP	GR-Ers. Scheuringer Markus, Waldweidenholz 16	X
SPÖ	GR-Ers. Helmhart Erika	X
Grüne	GR-Ers. Strasser Josef, Auweidenholz 5	X

Legende: x = anwesend, E = entschuldigt abwesend, N = nicht entschuldigt abwesend

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter Josef Rabeder

Die Schriftführerin: VB Marlene Strasser

Bürgermeister Ing. Josef Dopler eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Sitzung von ihm, dem Bürgermeister einberufen wurde;

die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder zeitgerecht schriftlich am 14. Oktober 2008 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist, die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 15. Oktober 2008 öffentlich kundgemacht wurde;
 die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
 dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 08.07.2008 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Gem. § 54 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 idgF werden von den Gemeinderatsfraktionen die Fraktionsobmänner bzw. Stellvertreter für die Unterzeichnung der Verhandlungsschrift bekanntgegeben.

ÖVP	GR. Wolfgang Degeneve
SPÖ	GR. Franz Helmhart
FPÖ	GR. Peter Reichert
GRÜNE	GR. Ing. Mag. Aumayr Andreas

Tagesordnung:

- 1) Nachwahlen
 - a. Nachwahl in den Gemeindevorstand
 - b. Nachwahl des Vizebürgermeisters
 - c. Nachwahlen in die Ausschüsse
- 2) Bericht des örtl. Prüfungsausschusses von der Prüfung am 29.9.2008
- 3) Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2008
- 4) Bebauungsplan Nr. 13 „Weinzierlbruck“; Aufhebung – Einleitung des Verfahrens
- 5) Antrag der SPÖ-Fraktion: Aussetzung der Anhebung der Mindestgebühren für Kanal und Wasser für das Finanzjahr 2009
- 6) Antrag der SPÖ-Fraktion: Resolution an das Land OÖ. auf Erstattung der durch die Aussetzung der Anhebung der Mindestgebühren für Kanal und Wasser entstehenden Mindereinnahmen für die Gemeinde
- 7) Allfälliges

Beratung und Beschlussfassung :

Zu Pkt. 1.) der TO.: Nachwahlen

Vizebürgermeister Weinzierl kündigt an, dass er nach eingehender Beratung und Besprechung mit dem Parteivorstand der ÖVP Waizenkirchen sein Amt als Vizebürgermeister aus parteiinternen und persönlichen Gründen mit 21. Oktober 2008 zurücklegt. Ebenso legt er sein Mandat als Vorstandsmitglied zurück.

Er bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Dopler, dem Amtsleiter und auch den Gemeindebediensteten sowie allen, die ihn in all den Jahren unterstützt und ihm geholfen haben. Weinzierl betont auch, dass bereits vieles geschaffen wurde, jedoch ist auch noch einiges vorgenommen worden. Er blickt zurück auf bewegte Zeiten, mit Höhen und Tiefen, wobei er sich hier in aller Form für eventuelle politische Angriffe entschuldigt. Auf jeden Fall wird er diese Jahre seines politischen Wirkens stets in guter Erinnerung behalten.

Vizebürgermeister Weinzierl bedankt sich nochmals für das in ihn gesetzte Vertrauen, welches er hoffentlich gut erfüllt hat. In diesem Sinne wünscht er seinem Nachfolger alles Gute für die Zukunft.

Der Bürgermeister erwidert darauf, dass ihm die Zurücklegung des Amtes von Herrn Vizebürgermeister Weinzierl mit Wehmut, aber auch mit Dankbarkeit erfüllt. Aus Wehmut deshalb, weil Vizebürgermeister Weinzierl und er seit elf Jahren sehr gut zusammengearbeitet haben. Bürgermeister Dopler ruft in Erinnerung, dass in dieser Zeit die Tischtennishalle und der Trainingsplatz des Sportvereins errichtet wurden, welche in Weinzierls Bereich, nämlich Sport, Kultur und Schule, fallen. Ebenso betont er auch die Einführung des Turnsaalbenutzungsplanes und die Koordination der kulturellen Vereinsarbeit. Weiters verstand Vizebürgermeister Weinzierl es mit seiner humorvollen Art Probleme zu lösen.

Herr Bürgermeister Dopler hebt hervor, dass es nie Zwistigkeiten zwischen ihnen gab. Außerdem bedankt er sich für die Loyalität, den Humor und den vielen Tipps von Herrn Vizebürgermeister Weinzierl. Er ist auch froh darüber, dass Weinzierl weiterhin als Gemeinderat zur Verfügung steht.

Bürgermeister Ing. Dopler verkündet, dass ein Schreiben vom Parteivorstand der ÖVP eingelangt ist, in welchem mitgeteilt wird, dass in der Sitzung am 9. Oktober 2008 beschlossen wurde, dass Herr Schatzl Klaus die Funktion des ÖVP Fraktionsobmannes übernimmt, nachdem Herr Wolfgang Degeneve diese Funktion am 20. Oktober 2008 zurückgelegt hat.

a.) Nachwahl in den Gemeindevorstand

Herr Bürgermeister Ing. Dopler erklärt, dass Herr Rudolf Weinzierl mit Schreiben vom 10. Oktober 2008 auf sein Gemeindevorstandsmandat und das Amt des Vizebürgermeisters per 21. Oktober 2008 verzichtet. Es ist daher notwendig, eine Nachwahl eines Gemeindevorstandsmitgliedes durchzuführen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass in der heutigen Sitzung über alle Nachwahlen per Akklamation abgestimmt wird.

Abstimmung über den Antrag, dass die Nachwahlen per Akklamation erfolgen:

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben und die Nachwahlen per Akklamation durchgeführt.

Er erklärt, dass für die Nachbesetzung in den Gemeindevorstand von der ÖVP-Fraktion ein schriftlicher Wahlvorschlag gem. § 32 der Gemeindeordnung 1990 idgF eingegangen ist.

Die ÖVP-Fraktion schlägt für die *Nachwahl in den Gemeindevorstand* vor:

Herr GR Wolfgang Degeneve

Der Bürgermeister stellt sodann den Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion zur Abstimmung, er betont auch, dass dies eine fraktionelle Wahl ist.

A b s t i m m u n g der ÖVP-Fraktion

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 14, davon stimmen

(B) für den Antrag: 14 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

b.) Nachwahl des Vizebürgermeisters

Der Bürgermeister erläutert, dass hier ebenso für die Nachbesetzung ein schriftlicher Wahlvorschlag von der ÖVP-Fraktion eingegangen ist.

Die ÖVP-Fraktion schlägt für die *Nachwahl des Vizebürgermeisters* vor:

Herr GR Wolfgang Degeneve

Er weist auch darauf hin, dass dies ebenso eine Fraktionswahl ist.

A b s t i m m u n g der ÖVP-Fraktion

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 14, davon stimmen

(B) für den Antrag: 14 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Herr Bürgermeister Ing. Dopler gratuliert Herrn Wolfgang Degeneve zu dieser einstimmigen Wahl und wünscht ihm in seiner Laufbahn als Vizebürgermeister und Gemeindevorstand viel Erfolg. Weiters merkt er an, dass die Angelobung zu einem späteren Zeitpunkt durch den Bürgermeister und den Bezirkshauptmann erfolgen wird.

Bürgermeister Ing. Dopler bemerkt zur Wahl, dass Vizebürgermeister Degeneve seit 1997 im Gemeinderat, bis 2003 im Gemeindevorstand im Bereich „Soziales“ und bis heute als Fraktionsobmann tätig war. Er erwähnt auch, dass er und Herr Degeneve seit 1974 gemeinsam im Kienzlchor sind und immer gut miteinander ausgekommen sind.

c.) Nachwahlen in die Ausschüsse

Der Bürgermeister berichtet, dass für die Ausschüsse von der ÖVP und SPÖ Fraktion gültige Wahlvorschläge vorliegen.

Herr Bgm. Ing. Dopler verliest nunmehr die von den Fraktionen eingebrachten Wahlvorschläge für den jeweiligen Ausschuss:

Nachwahl Mitglied des Prüfungsausschusses für GR Wolfgang Degeneve:

Wahlvorschlag: GR Herbert Jany

A b s t i m m u n g der ÖVP-Fraktion:

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 14, davon stimmen

(B) für den Antrag: 14 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Nachwahl Obmann und Obmann-Stv. des Ausschusses für Schul-, Sport- und Kulturangelegenheiten:

Wahlvorschlag: Vizebgm. Wolfgang Degeneve zum Obmann und

GR Rudolf Weinzierl zum Obmann-Stv.

A b s t i m m u n g der ÖVP-Fraktion

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 14, davon stimmen

(B) für den Antrag: 14 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Nachwahl Mitglied in das Bibliothekskuratorium:

Wahlvorschlag ÖVP: Bgm. Ing. Josef Dopler und

Vizebgm. Wolfgang Degeneve

A b s t i m m u n g der ÖVP-Fraktion

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 14, davon stimmen

(B) für den Antrag: 14 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Wahlvorschlag SPÖ: GR Franz Helmhart

A b s t i m m u n g der SPÖ-Fraktion

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 5, davon stimmen

(B) für den Antrag: 5 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt.2.) der TO.: Bericht des örtlichen Prüfungsausschusses von der Prüfung am 29.September 2008

Stellvertretend für GR Wolfgang Kriegner berichtet GR Peter Reichert namens des örtlichen Prüfungsausschusses:

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 29. September die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge für unbebaute Grundstücke ab 2002 geprüft und kam dabei zu folgendem Ergebnis:

In der Marktgemeinde Waizenkirchen erfolgte die Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge ab dem Jahr 2001. Grundlage für die Vorschreibung bildete der genehmigte örtliche Flächenwidmungsplan. Im weiteren erfolgte eine abermalige Überarbeitung der einzelnen Bauflächen anhand des Flächenwidmungsplanes wobei es hier durch einzelne Neuwidmungen zu einer neuerlichen Vorschreibung von Aufschließungsbeiträgen ab 2004 kam.

Für insgesamt 12 Grundstücke wurde nach eingehender Prüfung der Sachlage durch den zuständigen Sachbearbeiter eine Ausnahme vom Aufschließungsbeitrag (Bausperre für 10 Jahre samt Ersichtlichmachung im Grundbuch) bescheidmäßig erteilt.

Darstellung der Einnahmen aus den Aufschließungsbeiträgen im Prüfungszeitraum:

Bezeichnung	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Straße	33.357,30	28.576,04	42.928,25	48.885,93	8.379,08	7.031,22	6.013,60
Wasser	17.276,22	15.395,32	21.128,50	17.189,40	4.654,15	4.000,38	3.321,34
Kanal	36.524,93	30.787,79	43.291,55	38.120,43	8.955,31	8.281,28	6.919,68

Die Schwankungen bei den Einnahmen ergeben sich aus verschiedenen Umständen. Im Bereich Verkehr waren es die Asphaltierung im Bereich der Grundstücke Fellingnerstraße, Gföllnerstraße, Hohenfeldstraße welche den Grundeigentümern mit nachträglichen Bescheid (weil sich der zum Zeitpunkt der Vorschreibung gegebene Tatbestand geändert hatte) vorgeschrieben wurden. Im Bereich Kanal ergab sich im Zuge der einzelnen Bauabschnitte, für einzelne Grundstücke ein neuer Vorschreibungstatbestand. Weiters endete für einen Großteil der Grundstücke im Jahr 2005 die ab 2001 beginnende fünfjährige Vorschreibungsfrist.

Weiters darf auch nicht außer Acht bleiben, dass mit der Bebauung der Grundstücke innerhalb des fünfjährigen Vorschreibungszeitraumes die Vorschreibung des Aufschließungsbeitrages endete.

Darstellung der Einnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag:

	2006	2007	2008
Wasser	7.261,03	6.703,27	6.703,27
Kanal	16.059,15	14.743,95	14.743,95

Antrag,

der Gemeinderat möge den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis nehmen

Herr Bürgermeister Ing. Dopler fügt dem Antrag hinzu, dass sehr viel Arbeit hinter den Vorschreibungen steckt. Er betont auch, dass es mit Sicherheit nicht leicht war, den Bürgern zu erklären, dass Aufschließungsbeiträge zu leisten sind. Der Bürgermeister bedankt sich beim Amtsleiter und allen Beteiligten, die sich sehr viel Mühe gegeben haben und ihre Aufgabe ordnungsgemäß durchgeführt haben.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Vor Beginn des 3. Tagesordnungspunktes, um 19:50 Uhr, tritt GR Kriegner in den Sitzungssaal ein.

Zu Pkt. 3.) der TO.: Nachtragsvoranschlag Finanzjahr 2008 – Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Entwicklung während des Finanzjahres 2008 brachte eine Veränderung der Einnahmen und Ausgaben mit sich, die es notwendig machte, einen Nachtrag zum Voranschlag zu erstellen.

Der Voranschlag 2008 wies bei Einnahmen in einer Höhe von € 7.207.600,00 und bei Ausgaben in einer Höhe von € 7.129.600,00 einen voraussichtliche Soll-Überschuss in Höhe von € 78.000,00 auf.

Im Laufe des Finanzjahres konnte einerseits wegen der positiven Entwicklung bei den Ertragsanteilen und andererseits durch die Reduzierung der Leasingrate für den Schulbau, der sich aus der steuerlichen Optierung ergab, eine Verbesserung des Soll-Ergebnisses erzielt werden.

Der Nachtragsvoranschlag 2008 weist bei Einnahmen in einer Höhe von € 7.421.800,00 und Ausgaben in einer Höhe von € 7.278.800,00 einen voraussichtlichen Soll-Überschuss in Höhe von € 143.000,00 auf.

An Zuführungen an den Außerordentlichen Haushalt wurden vorerst nur die zweckgebundenen Interessentenbeiträge vorgesehen. Ein Ausgleich des Außerordentlichen Haushaltes war wegen der Übernahme der Soll-Fehlbeträge aus dem Finanzjahr 2007 nicht möglich.

Nähere Einzelheiten sind den Begründungen zum Nachtragsvoranschlag, die mit vollem Inhalt den Fraktionsobmännern zugestellt wurden, zu entnehmen. Der Entwurf des Nachtragsvoranschlags ist in der Zeit vom 6.10.2008 bis 20.10.2008 öffentlich aufgelegt. Erinnerungen dagegen wurden keine eingebracht.

Eine Änderung der Steuerhebesätze wurde während des Jahres nicht vorgenommen.

Die einzelnen Gruppen weisen folgende Summen aus:

Ordentlicher Nachtragsvoranschlag

Gruppe	Einnahmen	Ausgaben
0 Vertretungskörper u. allg. Verwaltung	109.400,00	755.800,00
1 Öffentl. Ordnung und Sicherheit	2.700,00	85.000,00
2 Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	213.600,00	802.700,00
3 Kunst, Kultur u. Kultus	3.700,00	90.500,00
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	49.600,00	652.000,00
5 Gesundheit	17.200,00	620.300,00
6 Strassen- u. Wasserbau, Verkehr	266.900,00	530.100,00
7 Wirtschaftsförderung	0,00	28.500,00
8 Dienstleistungen	3.502.300,00	3.411.500,00
9 Finanzwirtschaft	3.256.400,00	302.400,00
Summe 0 – 9	€ 7.421.800,00	€ 7.278.800,00
Überschuss	€ 143.000,00	

Außerordentlicher Nachtragsvoranschlag

Gruppe	Einnahmen	Ausgaben
163000 Freiw. Feuerwehr Waizenkirchen	44.000,00	48.300,00

163100 Freiw. Feuerwehr Stillfüssing	66.000,00	66.000,00
163200 Freiw. Feuerwehr Unterheuberg	65.000,00	65.100,00
163300 Freiw. Feuerwehr Ritzing	75.000,00	75.300,00
240200 Kindergarten Gruppenerweiterung	0,00	54.000,00
262700 SV Trainingsplatz-Clubheim	0,00	48.300,00
273000 Öffentliche Bibliothek	5.000,00	26.000,00
611100 Linksabbiegespur	0,00	18.100,00
612400 Gemeindestraßenausbau	322.000,00	448.000,00
616170 Güterwegbau	0,00	45.400,00
616180 Güterweg Stiglhuber	5.000,00	0,00
631000 Hochwasserschutz Aschach	0,00	1.900,00
782000 Inkoba	0,00	1.100,00
810100 Wasserverband Prambachk.	500,00	0,00
821100 Ankauf Klein-LKW	12.500,00	25.000,00
840000 Baulanderschließung Inzing	270.000,00	105.700,00
846100 Betreutes Wohnen	0,00	8.200,00
850000 Wasserversorgungsanlage	92.600,00	70.000,00
850200 WVA Brunnen II	8.800,00	17.200,00
851100 Abwasserbeseitigung		
BA 09 Rückhaltebecken	143.400,00	185.000,00
851300 Abwasserbeseitigung BA 07	3.700,00	300,00
851400 Kanalsanierung	0,00	31.100,00
851500 Abwasserbeseitigung BA 10	569.900,00	664.800,00
851600 Abwasserbeseitigung BA 11	0,00	10.000,00
851970 RHV Aschachtal BA-08	1.600,00	1.600,00
Summe	€ 1.685.000,00	€ 2.016.400,00
Fehlbedarf	€ 331.400,00	

Der Gemeindevorstand führte in seiner Sitzung am 6.10.2008 die Vorberatung des Nachtragsvoranschlages durch. Es wurde beschlossen, dem Gemeinderat die Genehmigung des vorliegenden Entwurfes zu empfehlen.

Herr Bürgermeister Ing. Dopler stellt daher den

A n t r a g .

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Nachtragsvoranschlag 2008 wird

- A. im ordentlichen Nachtragsvoranschlag
in den Einnahmen mit € 7.421.800,00
(gegenüber € 7.207.600,00 Einnahmen im ordentl. Voranschlag)

- | | |
|---|----------------|
| in den Ausgaben mit | € 7.278.800,00 |
| (gegenüber € 7.129.600,00 Ausgaben im ordentl. Voranschlag) | |
| B. im außerordentlichen Nachtragsvoranschlag | |
| in den Einnahmen mit | € 1.685.000,00 |
| (gegenüber € 1.190.900,00 Einnahmen im außerordentlichen Voranschlag) | |
| in den Ausgaben mit | € 2.016.400,00 |
| (gegenüber € 1.162.800,00 Ausgaben im außerordentlichen Voranschlag) | |
| festgesetzt.“ | |

D e b a t t e:

GR Aumayr fragt zum außerordentlichen Nachtragsvoranschlag bezüglich dem Straßenbau an, ob die 90.000 €, welche unter Zuführung aus Grundverkauf Bauland Inzing angeführt sind, jene dreimal 30.000 € aus der Ortsentwicklung sind oder ob dies ein Kredit aus einem noch nicht getätigtem Verkauf für den Straßenbau ist, ein so gesehener Vorschuss der Bank.

Der Amtsleiter erklärt ihm, dass heuer noch die erste Zuzählung aus dem Verkauf erfolgen sollte und ein Teil davon in den Straßenbau fließen wird und der andere Teil, wie im Raumordnungsausschuss besprochen, für die Ortsentwicklung verwendet wird.

GR Aumayr bemerkt, dass bei einem noch höheren Überschuss, nämlich um 65.000 € mehr als veranschlagt wurde, eine so hohe Summe von 90.000 € nicht notwendig gewesen wäre.

Der Bürgermeister erwähnt, dass Zuschüsse aus dem ordentlichen Haushalt noch nicht zugewiesen sind. Die Zuschüsse werden jedoch noch zur Abgangsdeckung des außerordentlichen Haushalts verwendet.

Amtsleiter Rabeder ergänzt, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Finanzierungsplanes für den Straßenbau dies noch nicht bekannt war. Außerdem erteilte LR Stockinger den Auftrag, dass selbst Mittel zur Finanzierung des Straßenbaues aufgebracht werden müssen.

GR Aumayr ergänzt zu seiner Anfrage, dass die 90.000 € nicht im Voranschlag veranschlagt wurden und jetzt aber im Nachtragsvoranschlag festgelegt sind.

Daraufhin erklärt ihm der Amtsleiter, dass man noch nicht genau sagen konnte, wie der Grundstücksverkauf voran geht und daher noch keine Veranschlagung vorgenommen wurde. Jedoch im Mittelfristigen Finanzplan wurde die 90.000 € bereits festgelegt.

Weiters kündigt GR Aumayr an, dass die Grüne-Fraktion dem Nachtrag nicht zustimmen wird, da hier Mittel aus einem Verkauf, der noch nicht einmal getätigt wurde, für ein Straßenbaubudget verwendet werden.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 22 Mitglieder (ÖVP-, SPÖ-, FPÖ-Fraktion)

(C) gegen den Antrag: 3 Mitglieder (Grüne-Fraktion)

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 4.) der TO.: Bebauungsplan Nr. 13 „Weinzierlbruck“: Aufhebung – Einleitung des Verfahrens.

Herr GVM. Rudolf Hinterberger berichtet namens des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft, Raumplanung/Ortsentwicklung und Bauangelegenheiten:

Der Bebauungsplan Nr. 13 „Weinzierlbruck“ vom 17.2.1981, welcher vom Amt der O.ö. Landesregierung mit Bescheid vom 14.5.1982 genehmigt wurde, soll aufgehoben werden. Das gegenständliche Aufhebungsgebiet, welches im rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Marktgemeinde Waizenkirchen die Widmung Wohn- und Dorfgebiet aufweist, ist bis auf das Grundstück Nr. 154, KG. Manzing, parzelliert und die notwendigen Verkehrsflächen wurden in das öffentl. Gut abgetreten. Die Aufschließung durch Ortswasser und Ortskanal ist vorhanden. Das Grundstück Nr. 154, KG. Manzing wurde außerdem bei der letzten Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes über Wunsch des Grundeigentümers aus der Wohngebietswidmung herausgenommen und ist nunmehr wieder Grünland. Der für eine Bebauung vorgesehene Grundstücksstreifen aus dem Grundstück Nr. 172, ist nicht mehr Teil des Bebauungsplanes, sondern stellt nur eine mögliche Erweiterung dar. Dies ist jedoch auch hin-fällig, da dieser Grundstücksstreifen ebenfalls aus der Wohngebietswidmung herausgenommen wurde. Da sich auch die Baugesinnung in den letzten Jahren massiv geändert hat, wird der gegenständliche Bebauungsplan diesen neuen Erfordernissen nicht mehr gerecht. Für Bauvorhaben soll nunmehr nur mehr die O.ö. Bauordnung gelten. Eine geordnete Bebauung ist auch ohne rechtswirksamen Bebauungsplan sichergestellt, da die derzeit geltenden rechtlichen Grundlagen für eine geordnete Bebauung eindeutig ausreichen. Durch die Aufhebung dieses Bebauungsplanes werden Interessen Dritter nicht verletzt und es werden auch keine Entschädigungsansprüche gegenüber der Gemeinde ausgelöst.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Raumplanung/Ortsentwicklung und Bauangelegenheiten befasste sich in seiner Sitzung am 15.10.2008 mit der Vorberatung der gegenständlichen Angelegenheit und Herr GVM. Rudolf Hinterberger stellt daher den

A n t r a g .

der Gemeinderat möge beschließen:

„Das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 13 „Weinzierlbruck“ vom 17.2.1981, welcher vom Amt der O. ö. Landesregierung mit Bescheid vom 14.5.1982, Zl. BauR-41211/2-1982 genehmigt wurde, wird hiemit eingeleitet.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 25 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 5.) der TO.: Antrag der SPÖ-Fraktion: Aussetzung der Anhebung der Mindestgebühren für Kanal und Wasser für das Finanzjahr 2009

GR Helmhart stellt als SPÖ-Fraktionsobmann folgenden

A n t r a g:

Landesrat Dr. Stockinger hat mit Schreiben vom 1. Juli 2008 die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister darüber informiert, dass die Wasser- und Kanalgebühren 2009 nicht teurer werden sollen. Er hat in seinem Schreiben ausgeführt, dass aufgrund der starken Preissteigerungen und Teuerungen die am 06. Juni 2005 von der Oö. Landesregierung beschlossenen Förderungsrichtlinien für den Bau kommunaler Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen dahingehend abgeändert werden sollen, dass das Land Oö. die Anhebung der Mindestsätze für die Benützungsgebühren bei Wasser und Kanal im Jahr 2009 aussetzt. Es ist ausdrücklich angeführt, dass die in den Richtlinien für 2009 vorgesehenen Gebührenerhöhungen bei Wasser um 5 Cent/m³ und bei Kanal um 15 Cent/m³ damit 2009 von den Gemeinden nicht zwingend umgesetzt werden müssen.

Es wird daher der Antrag eingebracht, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Gebührenordnung dahingehend abgeändert wird, dass im Jahr 2009 keine Erhöhung der Gebühren für Wasser und Kanal erfolgt.

D e b a t t e:

Der Bürgermeister bemerkt zum Antrag, dass diese Anträge landesweit von der SPÖ ausgeschickt wurden. Dies ist zwar parteipolitisch verständlich, jedoch ist dieser Antrag für ihn sachpolitisch nicht verständlich. Er ist der Meinung, dass diese Art von Parteianträgen vorher in den einzelnen Ausschüssen vorberaten werden sollten, so wie es die SPÖ-Fraktion auch immer verlangt. Dieser Antrag hat diesbezüglich keine Dringlichkeit, daher wäre eine eingehende Vorberatung möglich gewesen. Da es ein landesweites „kann“ ist, sollte man diese Angelegenheit vorerst in Waizenkirchen selber betrachten. Jede Gemeinde hat die Autonomie, solche Sachen selber zu entscheiden, ob dieser Antrag auch durchführbar ist. Deshalb sollte im Wasser-, Kanal- und Finanzausschuss bzw. Gemeindevorstand über die tatsächlichen Zahlen beraten und ebenso die Bauvorhaben mit einbezogen werden. In den Ausschüssen könnte auch darüber gesprochen werden, ob nicht an den festgesetzten 20 Cent für Abgangsgemeinden etwas geändert werden könnte. Der Bürgermeister betont nochmals, dass in den nächsten drei bis vier Wochen Ausschusssitzungen statt finden sollten. Im Voranschlag 2009 könnte dann eventuell auch ein Gebührenerhöhungsstopp darin eingebunden werden.

Herr Bürgermeister Ing. Dopler stellt den Gegenantrag, dass die gestellten offenen Fragen in den zuständigen Ausschüssen beraten werden, um die Aussetzung der Gebührenerhöhung in den Voranschlag 2009 aufzunehmen.

GR Helmhart bemerkt zur Wortmeldung des Bürgermeisters, dass die angesprochenen Kosten im nächsten Antrag erst behandelt werden.

GR Aumayr bemängelt, dass Anträge der Opposition immer vorher im Ausschuss behandelt werden müssen. Das Projekt INKOBAS musste jedoch in keinem Ausschuss vorberaten werden, welcher ein Antrag der ÖVP-Fraktion war. Außerdem sei es nicht notwendig, diesen Antrag in Ausschusssitzungen zu beraten, da der Bürgermeister eben selber äußerte, dass bei den Wassergebühren ein Spielraum von 25 Cent möglich sei, obwohl die SPÖ nur 5 Cent beantragt. Ebenso muss man die Ertragsanteile, welche um 70.000 € gestiegen sind, betrachten, da die Bundes- und Landesebene viel mehr durch die Gebühren eingenommen hat,

als budgetiert wurden. Aufgrund der Ansteigung der Inflation ist GR Aumayr der Meinung, dass diese Aufforderung des Landes ein vernünftiger Ansatz wäre, den Bürgern entgegen zu kommen. Das Land Oö. hat dies bereits eingehend geprüft, ob die Gemeinden diesen Antrag umsetzen können. GR Aumayr betont nochmals, dass die entgangenen Einnahmen des Gebührenstopps zu keiner Relation der erhöhten Ertragsanteile stehen. Daher sei es auch keine Notwendigkeit, dies weiter in einem Ausschuss zu beraten, da es bereits auch vom Land Oö. eingehend überprüft wurde und dies nur eine weitere Verzögerungstaktik sei.

GVM Faltyn schließt sich der Wortmeldung von GR Aumayr an und betont, dass sogar bereits ein Schreiben von LR Stockinger an alle Bürgermeister gegangen ist, in welchem erklärt wurde, warum die Wasser- und Kanalgebühren nicht erhöht werden sollten. Da in der letzten Zeit extreme Teuerungen stattfanden, wäre es vernünftig, die Gebührenordnung ein Jahr nicht zu erhöhen. Er erinnert zurück, dass in den letzten Jahren immer wieder von LR Stockinger und LR Ackerl eine Gebührenerhöhung für die Abgangsdeckung der Gemeinden gefordert wurde. Jedoch kamen die beiden nach Prüfungen auch zum Entschluss, dass ein Gebührenstopp möglich sei. Deshalb ist es auch nicht mehr notwendig, dieses Thema in den Ausschüssen noch einmal zu besprechen. Weiters betont GVM Faltyn, dass es endlich an der Zeit wäre, den Bürgern entgegen zu kommen und gleich hier im Gemeinderat darüber abzustimmen. Er bittet auch die ÖVP-Fraktion um deren Stimme.

GR Schatzl äußert, dass im Jahr 2008 die Haushalte von extremen Teuerungen betroffen waren. Das Land hat diesbezüglich die Initiative ergriffen, den Bürgern mit Heizkesseltausch, Erhöhung des Heizkostenzuschusses und unter anderem die Erhöhung der Fernpendlerpauschale entgegenzukommen. Auch die Freistellung der Gemeinden, ob ein Gebührenstopp stattfinden sollte, wurde vom Land Oö. angeboten. GR Schatzl sieht diesen Antrag nicht als parteipolitisch, denn jeder Antrag, welcher dem Waizenkirchner Bürger zugute kommt, ist ein guter Antrag und einen solchen unterstützt auch die ÖVP-Fraktion. Jedoch gewinnt er der Argumentation des Herrn Bürgermeister trotzdem etwas ab, da es eventuell noch weitere Möglichkeiten und Spielräume gibt. Es sollten genaue Zahlen auf den Tisch gelegt werden, damit man sieht, von welcher Basis ausgegangen werden kann, welches Budget Waizenkirchen zur Verfügung steht. Weiters kommen noch einige Bauvorhaben, wie zum Beispiel der neue Brunnen, auf uns zu. GR Schatzl ist der Meinung, dass eine genaue Durchrechnung Aufgabe der einzelnen Ausschüsse ist und die ÖVP-Fraktion den Gegenantrag von Herrn Bürgermeister Dopler somit unterstützt.

GR Reichert erinnert zurück, dass die FPÖ-Fraktion in den letzten Jahren immer ein Problem mit Gebührenerhöhungen hatte. Bisher mussten Gemeinden die Gebühren immer von Seiten des Landes Oö. erhöhen, jetzt jedoch werden die Gemeinden aufgefordert, die Gebühren zu stoppen. Er versteht daher nicht, warum die ÖVP-Fraktion gegen einen Gebührenstopp ist.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass die Gemeinde nicht aufgefordert wurde, sondern das Land stellt es den Gemeinden frei, diesen Gebührenstopp durchzuführen. Ebenso wird im Gegenantrag verlangt, dass in den Ausschüssen darüber beraten wird.

GR Frühauf äußert, dass die ÖVP-Fraktion sehr wohl dafür ist, den Bürgern finanziell entgegen zu kommen. Die ÖVP-Fraktion nimmt sich lediglich das Recht heraus, diesen Antrag vorher in den einzelnen Ausschüssen zu beraten.

GVM Sageder spricht an, dass es in diesem Antrag um einen Gebührenstopp geht. Für den Fall, dass eine weitere Senkung möglich wäre, soll dies in den Ausschusssitzungen beraten werden. Jedoch geht es in diesem Moment um einen Gebührenstopp, welchen man zustimmen sollte.

GVM Hebertinger erwähnt, dass er bereits mit dem ehem. Bürgermeister Haslehner und bereits jahrelang mit Bürgermeister Dopler diesbezüglich zusammen gearbeitet hat. Bei beiden wurde sein Antrag abgelehnt, die Wassergebühren nicht zu erhöhen, da das Budget im Bereich Wasserversorgung ausreichend ist. Es wurde stets von beiden betont, dass die Min-

destgebühren vorgeschrieben werden müssen, da das Land Oö. sonst die Bedarfszuweisungsmittel nicht genehmigt. Jetzt entsteht jedoch eine Diskussion darüber, obwohl die Landesräte sogar einen Gebührenstopp befürworten.

Bürgermeister Ing. Dopler betont nochmals, dass er nicht gegen diesen Antrag stimmt, sondern nur vorher in einem Ausschuss beraten werden sollte. Darauf können in einem Vorschlag die Hebesätze neu beschlossen werden und es muss nicht einzeln darüber abgestimmt werden.

Weiters stellt GR Schmutzhart die Anfrage an den Bürgermeister, ob sein Gegenantrag auch in einem Ausschuss behandelt wurde, da Herr Bürgermeister selber beantragt, dass dieser Gebührenstopp in den Ausschüssen diskutiert werden sollte. GR Schmutzhart stellt fest, dass sich der Bürgermeister prinzipiell gegen einen SPÖ-Antrag sträubt.

Der Bürgermeister erklärt ihm, dass dieser Parteiantrag noch in keinem Ausschuss beraten wurde, da es auch nicht üblich sei. Er meinte nur, dass dieser Antrag nicht als Erstes in den Gemeinderat eingebracht wird, sondern genauso vorher in einem Ausschuss behandelt werden kann.

GR Aumayr stellt fest, dass dieser SPÖ-Antrag bereits am 10. Juli 2008 eingegangen ist. Er fragt an, warum hier die ÖVP-Fraktion so lange gewartet hat und keine Ausschusssitzung einberufen hat. Da jede Fraktion das Recht hat, eine Ausschusssitzung einzuberufen.

GVM Faltyn betont, dass ein Antrag der Mehrheitspartei, welcher nicht im Ausschuss vorberaten wurde, nicht abgelehnt werden wird, wie dies bereits öfter der Fall war. Die SPÖ-Fraktion stimmte bei jedem Antrag mit, auch bei Gebührenerhöhungen. Er ist der Meinung, dass dieser Antrag gut überlegt ist und der Gegenantrag nur eine politische Veranstaltung der ÖVP ist. GVM Faltyn versteht diese Vorgehensweise nicht.

GR Frühauf weist zurück, dass dies keine politische Veranstaltung der ÖVP ist, jedoch eine Veranstaltung von der SPÖ. Er spricht an, dass GR Helmhart, als Fraktionsobmann, jedes Jahr zu Weihnachten eine politisch bessere Zusammenarbeit wünscht. GR Frühauf fragt sich, ob dies jedes Jahr ernst gemeint sei, wenn seine Unterschrift unter solchen Anträgen steht. Er äußert, dass er die Glaubwürdigkeit an GR Helmhart verloren hat.

GR Helmhart empfindet die Anschuldigung von GR Frühauf als Frechheit, da die SPÖ immer bestrebt ist, bei ÖVP-Anträgen mitzuarbeiten. Er betont, dass die SPÖ-Fraktion noch nie im Vorhinein dagegen gestimmt hat. GR Helmhart ist der Meinung, dass GR Frühauf ihn als Lügner darstellt.

GVM Faltyn ergänzt dazu, dass LR Stockinger diese Aufforderung an die Bürgermeister gestellt hat, welcher auch der ÖVP angehört ist.

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über seinen Gegenantrag abstimmen.

Abstimmung über den Gegenantrag des Bürgermeisters

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

- (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen
- (B) für den Antrag: 14 Mitglieder (ÖVP-Fraktion)
- (C) gegen den Antrag: 11 Mitglieder (SPÖ-, Grüne-, FPÖ-Fraktion).

Der Gegenantrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Die Abstimmung des Hauptantrages ist nach der Abstimmung des Gegenantrages nicht mehr notwendig.

Zu Pkt. 6) der TO.: Antrag der SPÖ-Fraktion: Resolution an das Land OÖ. auf Erstattung der durch die Aussetzung der Anhebung der Mindestgebühren für Kanal und Wasser entstehenden Mindereinnahmen für die Gemeinde

GR Helmhart bringt folgenden Antrag hervor:

Landesrat Dr. Stockinger hat mit Schreiben vom 1. Juli 2008 die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister darüber informiert, dass die Wasser- und Kanalgebühren 2009 nicht teurer werden sollen. Er hat mitgeteilt, dass die am 06. Juni 2005 von der Oö. Landesregierung beschlossenen Förderungsrichtlinien für den Bau kommunaler Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen dahingehend abgeändert werden sollen, dass das Land Oö. die Anhebung der Mindestsätze für die Benützungsgebühren bei Wasser und Kanal im Jahr 2009 aussetzt. Die in den Richtlinien für 2009 vorgesehen Gebühren Erhöhungen bei Wasser und Kanal müssen damit von den Gemeinden nicht zwingend umgesetzt werden. Das Schreiben fordert im Ergebnis die Gemeinde auf, auf Gebühren Erhöhungen und die damit verbundenen Mehreinnahmen zu verzichten. Der Verzicht, der grundsätzlich begrüßt wird, bringt für unsere Gemeinde Mindereinnahmen.

Es wird daher der Antrag eingebracht, der Gemeinderat möge folgende Resolution an die Oö. Landesregierung zH. dem Landeshauptmann als Finanzreferenten beschließen:

Unsere Marktgemeinde begrüßt die angekündigte Änderung der am 06. Juni 2005 von der Oö. Landesregierung beschlossenen Förderungsrichtlinien für den Bau kommunaler Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen und die damit verbundene Aussetzung der Anhebung der Mindestsätze für die Benützungsgebühren bei Wasser und Kanal im Jahr 2009.

Da das Land in der Vergangenheit massiv die Einhebung der Mindestgebühren eingefordert hat, bewirkt die Aussetzung der bereits geplanten Gebührenerhöhungen Mindereinnahmen für die Gemeinden.

Die Oö. Landesregierung wird daher aufgefordert, den Gemeinden die daraus entstehenden Mindereinnahmen zu ersetzen.

Ein Ersatz im Wege der Abgangsabdeckung lediglich bei den Abgangsgemeinden ist nicht ausreichend, da die Abgangsdeckung durch Bedarfszuweisungsmittel erfolgt.

Bei den Bedarfszuweisungen handelt es sich um Mittel der oö. Gemeinden und nicht des Landes Oö. Im Ergebnis erfolgt durch die bloße Abgangsdeckung in Summe für die oö. Gemeinden kein Kostenersatz da diese Mittel ja die Bedarfszuweisungsmittel verringern und in Summe den oö. Gemeinden wieder abgehen.

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 25, davon stimmen

(B) für den Antrag: 8 Mitglieder (SPÖ-, FPÖ-Fraktion)

(C) Stimmenthaltung: 17 Mitglieder (ÖVP-, Grüne-Fraktion)

Der Antrag hat somit keine Mehrheit.

GR Kriegner und GR Schmutzhart verlassen um 20:30 Uhr den Sitzungssaal.

Zu Pkt. 7.) der TO: Allfälliges

a.) Förderung Orgelneubau

Der Bürgermeister berichtet, dass die Pfarre Waizenkirchen ein Schreiben an die Marktgemeinde Waizenkirchen gerichtet hat, in dem sie sich für eine weitere Förderung für den Orgelneubau in Höhe von 14.500 € bedanken. Weiters informiert er über die erste Ratenzahlung, welche das Land Oö. in Höhe von 27.000 € zur Verfügung stellt.

b.) Getränkesteuer

Herr Bürgermeister Ing. Dopler gibt bekannt, dass beschlossen wurde, 15 % der Getränkesteuereinnahmen an den Handel zurückzuzahlen. In Waizenkirchen wird insgesamt ein Ersatz von 18.890 € an die einzelnen Geschäfte ausbezahlt. Damit wäre die Angelegenheit mit der Getränkesteuer wieder erledigt.

c.) Neue Feuerwehrautos

Weiters erwähnt der Bürgermeister, dass zwei Freiwillige Feuerwehren in Waizenkirchen ein neues Feuerwehrauto erhalten, da die Geldmittel bewilligt wurden und bereits im AOH veranschlagt wurden. Das erste Feuerwehrauto wird in den nächsten Wochen der FF Unterheuberg ausgeliefert.

d.) Fünfte Kindergartengruppe

Nach einer Vorsprache beim Gemeindereferenten wurde das Thema fünfte Kindergartengruppe angesprochen. Der Bürgermeister spricht die Kosten in Höhe von ca. 60.000 € , welche bereits im AOH-Voranschlag bereits behandelt wurden, wobei hier 2/3 der Ausgaben vom Land Oö., Abt. Bildung ersetzt werden.

e.) Trainingsplatz-Clubheim

Weiters informiert der Bürgermeister, dass in der nächsten Zeit eine Sitzung über die Trainingsplatzerrichtung und dem Clubheim statt finden, da bereits die Unterlagen dafür beim Land Oö. liegen.

f.) Neuer Gemeindetraktor

Im Herbst 2010, kündigt Bürgermeister Ing. Dopler an, erhält die Gemeinde einen neuen Traktor für den Bauhof. Bei der Ausschreibung durch die BBG gingen die Steyr-Werke als Sieger hervor. Der Traktor kann somit über die örtliche Fa. Fleischanderl ausgeliefert werden.

g.) Marktplatzgestaltung

Bürgermeister Ing. Dopler berichtet, dass bereits mit LR Stockinger über eine Unterstützung zur Planung der Marktgestaltung gesprochen wurde.

h.) Nachmittagsbetreuung

Herr Bürgermeister kündigt an, dass in der nächsten Sozialausschusssitzung beraten werden muss, ab Jänner neues Personal für die Nachmittagsbetreuung zu finden. Aufgrund der guten Annahme der Nachmittagsbetreuung sollte daher eine Lösung gefunden werden, diese weiterführen zu können.

i.) Betreubares Wohnen

Bürgermeister Ing. Dopler fordert auf, weiterhin für Betreubares Wohnen zu werben. Er erklärt, dass anfangs 35 Interessenten waren, welche eine Einladung zur Informationsveranstaltung im Juni erhielten, worauf 15 Interessenten über blieben. Im Moment hat die Gemeinde 5 Anträge erhalten, wobei bereits ein Antragwerber verstorben ist. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass sich eventuell mehr Werber melden werden, wenn das Haus fertig gestellt ist. Leider sind die Voraussetzungen für Betreubares Wohnen auch nicht leicht erfüllbar. Jedoch sind diese Wohnungen nicht teuer und man erhält hier, für eine öffentliche Wohnung, eher Wohnbeihilfe.

j.) Nahwärme

Der Bürgermeister berichtet, dass das Nahwärmeprojekt mit 5 Interessenten gestartet wurde und jetzt 25 Anschlussanträge gestellt sind. Im heurigen Jahren werden die Leitungen am oberen Marktplatz bis zum Pfarrheim und am unteren Marktplatz bis zur Fa. Steinbruckner verlegt und in Betrieb genommen. Im Frühjahr erfolgen die Bauarbeiten noch in der Klosterstraße.

GR Weissenböck fragt an, wie viel Kapazität noch aus zu schöpfen ist.

Bürgermeister Dopler erklärt ihm, dass mit den 25 Anschlusswerbern die Kapazität ausgeschöpft ist. Es werden auch ein großer Pufferspeicher eingebaut sowie eine Gastherme zur Spitzenabdeckung und Notversorgung eingebaut.

k.) Überschwemmung Ledererbach

Der Bürgermeister berichtet, dass es am 22. August eine lokale größere Überschwemmung beim Ledererbach gegeben hat, wobei mit auch ein Grund dafür die Ablagerung des Biomülls mancher Bürger war. Durch diese Ablagerung entstand ein Stau beim Ledererbach. Daraufhin schickte der Bürgermeister ein Schreiben an alle Betroffenen des Ledererbaches, darauf Acht zu geben, dass kein Biomüll mehr in den Bach gelangt. Herr Bürgermeister informiert, dass er auf dieses Schreiben hin viele Anrufe der Anrainer erhalten hat, welche betonten, dass nicht sie selbst die Schuldigen sind, sondern sogar Namen der Schuldigen nannten. Jedoch ist es auch eine Verpflichtung des Grundbesitzers, hier aufzupassen und auch Aufgabe des Umweltausschussobmannes und Bauhofes.

l.) ÖPNV-Bezirksöffentlicher Verkehrsverbund

Demnächst findet eine Informationsveranstaltung des ÖPNV's statt für die Gemeinden St. Agatha, Heiligenberg und Waizenkirchen statt. Herr Hölzel, Amt der oö. Landesregierung, stellt den öffentlichen Verkehr und neue Planungen vor. Nach Fertigstellung der Planung wird die Gemeinde pro Einwohner 8-10 € bezahlen.

m.) Neuer Bezirkshauptmann

Am 20. November 2008 wird der neue Bezirkshauptmann Herr Mag. Schweitzer den Waizenkirchner Gemeindevorstand um 10.00 Uhr besuchen. Eine gesonderte Einladung erfolgt noch.

n.) Ledererbach

GR Reichert äußert zum Problem des Ledererbaches, dass es in der Klosterstraße noch nie eine Überschwemmung in Höhe von 30 cm gab.

m.) Umleitung Molkereistraße

Weiters merkt GR Reichert an, dass die Umleitung, aufgrund des Baues der Fernwärme, über die Molkereistraße eine Zumutung sei. Er ist schockiert, dass sich der Straßenreferent dies zutraut, nachdem ein Sattelschlepper auf einer Seite das ganze Bankett nieder gedrückt hat und er dies nicht ordnungsgemäß ausbessern lassen hat.

GVM Auinger erwidert ihm, dass die Umleitung in den nächsten Tagen wieder aufgehoben wird. Ihm ist bewusst, dass die Molkereistraße schwer belastet wurde, jedoch konnten auch keine Ausbesserungen vorgenommen werden, solange umgeleitet wird. Auf jeden Fall ist die Molkereistraße in den Straßenbauplan 2009 eingebunden. Leider muss die Molkereistraße über den Winter noch befahrbar sein, da momentan noch kein Ausbau möglich ist.

Der Amtsleiter ergänzt ebenso, dass ein Bankett keine Fahrbahn ist und ein LKW-Fahrer dies auch wissen sollten. Jedoch wird diese Engstelle noch saniert, bis dahin muss die bisherige Absicherung ausreichen.

n.) Gefahrenquelle

GVM Faltyn weist GVM Auinger darauf hin, dass die Oberflächenabwasserleitung von Thallham Richtung Dr. Strand eine positive Lösung ist, jedoch ist es für Kinder eine große Gefahrenquelle, wenn sie zu weit rechts mit einem Fahrrad fahren. Er fordert ihn auf, sich das genauer anzusehen.

o.) Angelegenheit Ledererbach

GR Aumayr äußert, dass diese Angelegenheit mit dem Ledererbach die Politik der vergangenen Jahre, insbesondere die des Bürgermeisters, zeigt, da man als Bürgermeister nach so einem Ereignis nicht die Schuld bei den Anrainern suchen sollte. Hier wäre es angebracht, sich Gedanken über eine eventuelle schlechte Verrohrung zu machen, da diese aus Zeiten stammt, in welcher keine ordentliche Flächenversiegelung vorhanden war und eine andere Art von Landwirtschaft geführt wurde als heute. Er erklärt, dass die Gemeinde Walding das selbe Problem hat, jedoch hat diese Gemeinde ein Rückhaltebecken für diesen Bach geschaffen.

Der Bürgermeister entgegnet ihm, dass die Angelegenheit bereits erledigt ist, da längst eine Begehung stattgefunden hat. Die gesamte Angelegenheit liegt mittlerweile beim Gewässer-

bezirk in Grieskirchen und es wurden bereits Überlegungen für ein Projekt gestartet. Herr Bürgermeister Ing. Dopler betont, dass die Wortmeldung von GR Aumayr typisch für seine Art sei, Dinge zu behaupten, wobei er über keine Details bescheid weiß und trotzdem Anschuldigungen macht.

Daraufhin stellt GR Aumayr die Anfrage an Herrn Bürgermeister, warum er heute erst einen Brief verschickt hat, in dem er die Anrainer beschuldigt, Biomüll in den Ledererbach zu werfen.

Der Amtsleiter erwidert GR Aumayr, dass der Wunsch, Anrainer anzuschreiben, nicht von der Gemeinde kommt, sondern von einem stark geschädigten Anrainer. Dieser hat sich beschwert, dass sogar Christbäume und dergleichen in den Bach geworfen werden, die bei der Engstelle Dr. Strand schnell zu einer Aufstauung führten. Weiters betont er, dass dieser Brief höflich formuliert wurde und niemand beschuldigt wurde. Es wurde nur darauf hingewiesen, dass solche Ablagerungen nicht erlaubt sind und es zu solchen Problemen nicht mehr kommen sollte.

GVM Hebertinger gibt Bürgermeister Dopler recht, dass hier Ablagerungen an den Uferrand vorhanden sind, da er selber als Anrainer bereits Baumrückstände dort liegen gelassen hat. Er äußert auch, dass er selber die Bäume zurückschneiden wird, welche an der Brücke die Sicht versperren. Weiters erwähnt er, dass das Hauptproblem dieser Überschwemmung nicht alleine an den Landwirten liegt, da diese für einen so heftigen Niederschlag nichts können. Jedoch ist die Ausschwemmung der Felder auch ein Faktor der Überschwemmung.

GR Reichert fragt an, ob das Regenentlastungsbecken beim Altenheim angefüllt war, oder ob das Becken noch Wasser aufnehmen hätte können.

Der Bürgermeister erklärt ihm, dass diese Regenentlastungsbecken voll war, da es ja ein Mischkanalbecken ist für Abwasser und Dachabwässer.

GVM Faltyn spricht an, dass es positiv sei, die Grundeigentümer diesbezüglich anzuschreiben, jedoch sollte die Gemeinde, wenn bekannt ist wer diese illegalen Ablagerungen durchführt, strafrechtliche Schritte einleiten.

p.) Vorrangsschild

Weiters merkt GVM Faltyn an, dass bei der Einmündung in die Petzstraße unbedingt ein Vorrangzeichen verordnet und aufgestellt werden sollte.

q.) Gehsteig Waikhartsberg

GR Helmhart fragt beim Straßenreferenten Auinger an, ob heuer noch mit dem Bau des Gehsteiges nach Waikhartsberg begonnen wird und ob ein Wechsel der Straßenseite sein wird.

GVM Auinger antwortet, dass ab morgen den 22. Oktober 2008 mit dem Bau begonnen wird. Ein Wechsel der Straßenseite ist bis zum Haus Jany nicht notwendig. Weiters wird hier eine durchgehende Fahrbahn geschaffen und eine Asphalterneuerung durchgeführt. Durch die Ausbesserungen wurde das Budget zwar etwas mehr belastet, jedoch ist es von Vorteil manche Angelegenheiten gleich miteinander zu erledigen.

r.) Beschuldigung v. GR Frühauf

GR Helmhart wehrt sich gegen die Wortmeldung von GR Frühauf, dass die Zusammenarbeit nicht funktioniert. Er erwähnt, dass jene Fotos, welche bei der Ortsbildmesse in Schenken-

felden gemacht wurde, in der ÖVP-Zeitung retouchiert wurden. Dies zeigt ebenso von einer schlechten Zusammenarbeit, obwohl man versucht, politische Arbeiten positiv zu erledigen.

Der Bürgermeister erwidert zu der Wortmeldung von GR Helmhart, dass er sich als Bürgermeister nicht äußert, da dies eine Parteiangelegenheit ist, jedoch regt er zum Nachdenken an, wie mit ihm in manchen Parteizeitungen umgegangen wird.

s.) Wasserleitungen in der Hueberstraße

GVM Hebertinger berichtet darüber, dass das Auswechseln der Wasserleitungen nicht der Grund an der Verzögerung des Baues sind, da die Wasserleitungen in zwei Wochen ausgetauscht wurden.

Weiters informiert GVM Hebertinger, dass die Planung des zweiten Wasserversorgungsbrunnens bereits beim Land Oö. zur Vorprüfung liegt, damit im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden kann.

t.) Betreubares Wohnen

GVM Hebertinger stellt die Anfrage an GR Weinzierl, ob es nicht anders möglich sei, die Fassade von betreubaren Wohnen schöner zu machen.

GR Weinzierl antwortet, dass dies ein kulturhistorischer Bau ist, welcher mit einer speziellen Farbe angestrichen werden muss. Die Fleckenbildung an der Fassade lässt sich jedoch aufgrund des unterschiedlichen Untergrundes nicht verhindern.

u.) Ansprache als neuer Vizebürgermeister

Vizebürgermeister Degeneve bedankt sich als Vizebürgermeister beim ehemaligen Vizebürgermeister Weinzierl für seinen Einsatz der letzten Jahre. Er betont, dass dieser sich sehr bemüht hat und seiner Sache gerecht wurde. Besonders in der langen Zeit als der Bürgermeister gesundheitlich verhindert war, hat der ehemalige Vizebürgermeister den Bürgermeister sehr gut vertreten. Vizebürgermeister Degeneve ist sich bewusst, dass das Amt als Vizebürgermeister große Verantwortung mit sich zieht und er wird sich bemühen dem gerecht zu werden.

GR Weinzierl lädt den Gemeinderat anschließend noch zu einer Ein-/Ausstandsfeier im Gasthaus Berndorfer recht herzlich ein.

v.) Protokollierung

GR Helmhart merkt an, dass die Wortmeldung von GR Frühauf wortwörtlich im Protokoll angeführt werden sollte.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.15 Uhr.

----- Vorsitzender	----- ÖVP-Gemeinderat
----- Schriftführer	----- SPÖ-Gemeinderat
	----- GRÜNE-Gemeinderat
	----- FPÖ-Gemeinderat

Waizenkirchen, am 21.10.2008

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen
